

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 25.07.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 25.07.2013
Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 20:21 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

bis 19.15 Uhr, Ziffer 6

**1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 25.04.2013
beschlossen dafür 26 dagegen 0**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.04.2013 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

**2. Kläranlage Kitzingen;
Künftige Abrechnungspraxis - Abschluss einer Zweckvereinbarung III**

Herr Mühlfeld vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband verweist auf die Problematiken der Abrechnungsmodalitäten bei der Abwassergebühr mit den Anschlussgemeinden. Es sollten ein Vorschlag erarbeitet werden, der von außen kommt und möglichst allen gerecht wird.

Herr Plank, Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geht im Folgenden auf die neue Abrechnungsmodalitäten ein, die sich hinsichtlich der Investitionskosten an den CSB-Wert richten. Bei den Betriebskosten wurde bislang nach der 10/90-Regel verfahren. Seiner Auffassung nach sei es gerechter wenn in Zukunft 50/50 aufgeteilt werde. Darüber hinaus soll der Aspekt „Spülen des Rohrsystems“ in die Berechnung mit einfließen.

Die Abrechnung sollten den Gemeinden im offenen Dialog dargelegt werden, da es diesbezüglich keine Geheimnisse geben sollte. Darüber hinaus sollte eine Schiedsstelle eingerichtet werden (BKPV oder Landratsamt), die strittige Fälle sofort lösen und es nicht nochmals zu einer vergleichbaren Situation kommen lässt.

Herr Mühlfeld stellt dar, dass mit allen Gemeinden – ausgenommen zwei – bereits Gespräche geführt wurden und die Signale jeweils positiv waren. Mit Blick auf eine bessere Beteiligung der Gemeinden sollte man die Gründung eines Zweckverbandes nicht aus den Augen verlieren. Die Abrechnung bleibe jeweils gleich – es gehe lediglich um die Beteiligung bei den Entscheidungen zu den Investitionen.

Bürgermeister Christof spricht sich nicht gegen die Abrechnung aus, gibt jedoch zu bedenken, dass die kleinen Gemeinden eine ökologische Umrüstung der Kläranlage, da diese nicht rechtlich zwingend sei, nicht mittragen möchten und insofern eine solche Entwicklung stoppen könnten.

Herr Mühlfeld stellt dar, dass bei einem Zweckverband die Entscheidung mehrheitlich falle, die Stadt wahrscheinlich mit Blick auf die Kosten bzw. Mengen die Mehrheit in der Versammlung stellen werde. Gleichwohl sollte bei der Zweckvereinbarung ein Einbeziehen der Anschlussgemeinden jeweils erfolgen, auch wenn die Stadt letztlich die Entscheidung zu treffen habe.

Oberrechtsrätin Schmöger verweist auf den ersten Entwurf der Vereinbarung, wonach die Änderungen immer daran auszurichten seien, was gegenwärtig Stand der Technik sei. Falls etwas technisch nicht vorgeschrieben ist, müsse gleichwohl eine Einigung mit den Mitgliedsgemeinden erzielt werden.

Stadtrat Heisel ist der Auffassung, dass die Aufteilung 50/50 willkürlich sei. Herr Plank erklärt, dass diese subjektiv sei und seiner Auffassung nach für alle Beteiligten die faireste Lösung darstellt, da damit auch der Aspekt „mehr Fremd-

wasser“ stärker abgedeckt werde.

Auf die Frage, ob die Mitgliedsgemeinden das Handlungskonzept kennen, bejaht dies Herr Mühlfeld. Er ergänzt auf Nachfrage, dass geplant sei die Vereinbarung rückwirkend zum Jahr 2013 abzuschließen, damit die Investitionen aus dem Jahr 2013 bereits berücksichtigt seien. Seiner Auffassung nach könnte so der Kompromiss aussehen, wenn sich dadurch die Fälle aus der Vergangenheit erledigt hätten.

Stadtrat Moser und Stadträtin Wallrapp halten es für wichtig, dass in der Vereinbarung das Handlungskonzept aufgelistet werde.

Stadtrat Heisel möchte wissen, wie sich die Neuberechnung auf die Gebühr auswirkt, worauf Herr Plank darstellt, dass dies auch von der Abwassermenge abhängig sei.

Er schlägt vor, eine Vergleichsberechnung auf Grundlage der Zahlen des Jahres von 2010 zu machen.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Die Stadt Kitzingen stimmt dem in der Anlage beigefügten Vorschlag des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes zur künftigen Abrechnungspraxis der Investitions- und Betriebskosten für die Kläranlage ab 01.01.2014 zu.

**3. Ehemalige Harvey Barracks
 Bebauungsplan Nr. 106 conneKT Technologiepark Kitzingen
 Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3.1 BauGB bzw. der
 Träger öffentlicher Belange nach 4.1 BauGB**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und erklärt, dass es mit dem Beschluss um die Auslegung des Bebauungsplans gehe. Im Stadtentwicklungsbeirat wurde dieser bereits andiskutiert.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Marstaller stellt fest, dass die Auslegung der erste Schritt im Verfahren sein und bittet um Zustimmung.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank sieht diesen Beschluss als Unproblematisch an und ist der Auffassung, dass der erste Schritt gegangen werden sollte. Alle Fragen würden sich im Verfahren klären.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich für den Beschlusssentwurf aus und hofft, dass die Photovoltaikanlage dem Sonderlandeplatz nicht schade.

FW-FBW-Stadtratfraktion:

Stadträtin Wallrapp schließt sich der Meinung von Stadträtin Dr. Endres-Paul an.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof fragt nach, wann grundsätzlich über die einzelnen Punkte

diskutiert werde und weist darauf hin, dass seiner Auffassung nach der Beschlussentwurf unvollständig ist. Beispielsweise das Schallgutachten bedürfe weiterer Erläuterungen. Er gibt zu bedenken, dass blauäugig ein Beschluss gefasst werde und man damit auch die Kosten des Sonderlandeplatzes anerkenne.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ihre Zustimmung zum Beschlussentwurf

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm gibt ebenfalls seine Zustimmung und erklärt, dass damit ohnehin die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May stimmt dem Beschlussentwurf zu.

beschlossen dafür 24 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für den Bebauungsplan „Nr. 106 conneKT Technologiepark Kitzingen“ wird die frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert. Maßgebend für die Planänderungen ist der Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 17.07.2013 und für die Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 17.07.2013.
3. Der Bebauungsplan „Nr. 84 Großlangheimer Straße Nord“ wird parallel zum ersten Mal geändert.
4. Die Stadt wird beauftragt einen städtebaulichen Vertrag Teil 1 mit dem Investor zu schließen und diesen zum Billigungsbeschluss dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

**4. Ehemalige Harvey Barracks
Photovoltaik-Anlage auf den westlichen Teilen des ehemaligen Flugfeldes
der Harvey Barracks
Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 2 BauGB: Nr. V 101 Westteil des ehemaligen Flugfeldes
der Harvey Barracks**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Beschlussentwurf und auf den vorherigen Hinweis, dass der Sonderlandeplatz nicht gefährdet werden sollte. Unter Ziffer 5 des Beschlussentwurfs sei dies eindeutig geregelt.

Stadträtin Schmidt möchte wissen, ob mit Blick auf die anschließenden FFH-Flächen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werde.

Stadtplaner Fischer bejaht dies.

Stadtrat Popp verweist auf die zu klärenden Punkte (Kampfmittel, FFH-Fläche, Genehmigung Sonderlandeplatz) und möchte wissen, ob diese tatsächlich geklärt werden können.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Stadt lediglich Baugenehmigungsbehörde sei und man dem Investor bei der Erledigung der Punkte im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unterstützen werde.

Bürgermeister Christof möchte wissen, wer die Gutachten zahle.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Gutachten der Vorhabensträger bezahle. Lediglich hinsichtlich des Sonderlandeplatzes sei nach wie vor die Stadt Kitzingen der Antragssteller. Wer letztlich hier das Verfahren weiterführt müsse in Abstimmung mit der Firma Blumquadrat, dem Luftsportclub als möglichen Betreiber sowie der Stadt erfolgen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- und gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Marstaller erklärt, dass die UsW zustimmen werde und verweist auf die Wichtigkeit des Sonderlandeplatzes.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erachtet es als wichtig, dass die Photovoltaikanlage auf versiegelten Flächen errichtet werde und hofft, dass sonst im Gewerbegebiet mittel- bis großteiliges Gewerbe entstehen könne. Die CSU stimmt dem Beschluss zu.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul gibt ebenfalls ihre Zustimmung.

FW-FBW-Stadtratfraktion:

Stadträtin Wallrapp stimmt dem Beschlusssentwurf zu und verweist auf die Wichtigkeit des Sonderlandeplatzes.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof erklärt, dass es im Grunde sinnvoll sei, wenn die Photovoltaikanlage auf den befestigten Flächen errichtet werden soll. Nachdem im Beschluss eine Vermengung von verschiedenen Punkten vorgenommen werde, könne er dem Beschluss nicht zustimmen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt kann dem Beschluss ebenfalls zustimmen.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm gibt ebenfalls seine Zustimmung.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May schließt sich seinen Vorrednern an.

beschlossen dafür 23 dagegen 3

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für den im zeichnerischen Teil in der Fassung vom 12.07.2013 dargestellten Bereich wird nach § 12 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird vom Vorhabenträger „Solarkraftwerk Kitzingen Verwaltungs GmbH“ ausgearbeitet.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig unterrichtet.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer 4-wöchigen Planaufgabe mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
5. Der Stadtrat beschließt, dass das Vorhaben nur fortgeführt werden kann, sofern das Ziel der Wiederinbetriebnahme des Sonderlandeplatzes hier-

durch nicht gefährdet wird. Das Vorhaben ist zwingend auf die Bedürfnisse des Sonderlandeplatzes abzustimmen.

6. Der Investor wird mit der Erstellung eines Durchführungsvertrages (Vorhaben- und Erschließungsplan) gem. §12 Abs. 1 BauGB in Abstimmung mit der Stadtverwaltung beauftragt.

5. Ratsbegehren / Bürgerentscheid "Marshall Heights" entsprechend dem Beschluss des Stadtrates vom 11.04.2013; hier: Bestellung des stellvertretenden Abstimmungsleiters

beschlossen dafür 24 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, Herrn Jörg Engelbrecht zum stellvertretenden Abstimmungsleiter für den Bürgerentscheid „Marshall Heights“, so wie er am 11.04.2013 beschlossen wurde, zu bestellen.

**6. Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)
Anhörung zu den Änderungen des LEP-Entwurfes nach Zustimmung des Bayerischen Landtags**

Oberbürgermeister Müller verweist auf das ergänzte Anschreiben im Nachgang zur Finanzausschusssitzung, in dem nun die Konversion aufgenommen sei.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass auch der Sonderlandeplatz wichtig sei.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dieser im Regionalplan enthalten sein sollte.

Bürgermeister Christof bemängelt, dass die Verwaltung eine Ausarbeitung vornimmt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegt. Seiner Auffassung nach sollten die Punkte der Ausarbeitung vorab im Stadtrat beschlossen werden. Die Stadt verkenne die Wichtigkeit von derartigen übergeordneten Dingen und es sei unbefriedigend, wenn sich der Stadtrat nicht damit auseinandersetzen möchte. Im Folgenden äußern die Stadträte Pauluhn, Glos und Weiglein ihren Unmut über die Äußerung von Bürgermeister Christof, nachdem der Stadtrat sich in verschiedener Weise um die Inhalte des Landesentwicklungsplanes bemüht habe.

beschlossen dafür 22 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Stellungnahme zu den Änderungen des Entwurfes des Landesentwicklungsprogramms in der vorliegenden Fassung (s. Anlage 1).
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Stellungnahme fristgerecht an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu übermitteln.

**7. Stadtteil Kitzingen-Siedlung;
Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes**

zurückgestellt

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt. Eine Behandlung soll nach der Sommerpause erfolgen.

8. Auftragsvergaben

8.1. Künftige Handhabe des Bundesfreiwilligendienstes an den Schulen unter städtischer Sachaufwandsträgerschaft und entsprechende Auftragsvergabe (Kenntnisnahme)

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass im nichtöffentlichen Teil folgender Beschluss gefasst wurde.

1. Die Zahl der besetzbaren Einsatzstellen für Bundesfreiwillige wird auf eine Einsatzstelle pro Schule (damit maximal fünf) begrenzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Trägerschaft der Bundesfreiwilligen künftig gegen eine Kostenbeteiligung in der sich aus dem Sachvortrag ergebenden Höhe wie bisher durch die Stiftung EBWK vornehmen zu lassen

**8.2. Klärwerk Kitzingen - Rechen und Sandwäsche - Lieferung und Montage der elektrotechnischen Einrichtung
hier: Auftragsvergabe nach VOB**

beschlossen dafür 23 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die Lieferung und Montage der elektrotechnischen Einrichtung der Rechenanlage und der Sandwäsche auf dem Klärwerk Kitzingen erhält die Fa. Elektro Hofmockel GmbH & Co. KG, Gewerbering Nord 11, 91189 Rohr, mit einer Auftragssumme von 159.520,54 € brutto gemäß Angebot vom 09.07.2013.

Stadtrat Pauluhn gibt zu Protokoll, dass er nicht gegen die Vergabe an die Firma Hofmockel gestimmt habe. Er hätte lediglich eine nochmalige Durchführung der Ausschreibung befürwortet, nachdem nur ein Angebot abgegeben wurde.

9. Anträge von Fraktionen und Gruppen

9.1. Schaffung von LKW-Abstellflächen; Antrag der KIK-Fraktion Nr. 139-06-2013 vom 19.6.2013

Bürgermeister Christof geht ausführlich auf seinen Antrag, auf den Gewerbeflächen der Großlangheimer Straße übergangsmäßig das Abstellen von LKW's zu genehmigen, ein. Die etwaigen Kosten könnte man durch eine Benutzungsgebühr ausgleichen.

Mit Blick auf die Parkproblematik in den Wohngebieten bzw. bei den Bushaltstellen sei ein Bedarf gegeben. Lediglich mit Verboten könne das Problem nicht gelöst werden. Die Argumente aus dem Sachvortrag könne er nicht teilen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf möglichen Schäden an den Grundstücken und dass dies keine Werbung für das Gewerbegebiet sei. Auf der ehem. Betankungsstation im Klosterforst wollte man ursprünglich einen Parkplatz einrichten, wofür nach anfänglicher Zustimmung seitens der Autobahndirektion letztlich kein Bedarf mehr gesehen wurde, nachdem ausreichend Parkplätze an den Autobahnen zur Verfügung stehen. Nachdem diese jedoch oft gebührenpflichtig seien, werden diese nicht genutzt.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag und die Situation. Hier wird oft angemerkt, dass dies nicht die Aufgabe der Stadt Kitzingen sei, sondern der Bund Abhilfe schaffen müsse bzw. dies die Aufgabe der Unternehmen sei. Darüber hinaus wird angemerkt, dass entlang der Autobahnen ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, die kostenlos genutzt werden können. Im Tenor wird die Zwischennutzung der Großlangheimer Straße abgelehnt.

Gleichwohl merkt Stadträtin Wallrapp an, dass die Stadt eine Pflicht habe, sich dem Problem anzunehmen. Gegebenenfalls könne Herr Blum auf den Flächen der Harvey Barracks einen Bereich zur Verfügung stellen. Die befestigten Flächen seien sinnvoller als das Gewerbegebiet.

abgelehnt **dafür 2** **dagegen 22**

Die KIK-Fraktion beantragt auf den freien Grundstücken im Gewerbegebiet Großlangheimer Straße eine dem Bedarf angemessene Fläche (zumindest) als Übergangslösung zum Abstellen von LKW, Sattelschleppern und Containerzügen zur Verfügung zu stellen. Das Abstellen der Fahrzeuge sollte kostenpflichtig im Zuge einer Verpachtung oder gegen eine Gebühr erfolgen, um die entstehenden Unkosten für die Stadt zu kompensieren. Eine Aufsichtsperson ist dafür seitens der Stadt einzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende Juli eine entsprechende Planung dem Stadtrat vorzulegen. Gleichzeitig sind konkrete Vorschläge für zukünftige Einschränkungen bei der Abstellung der LKW zu unterbreiten.

9.2. Antrag Nr. 138-06-2013 der KIK-Fraktion vom 19.06.13 Rathaus Stadt Kitzingen Projektierung Heizung/Lüftung/Klima

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beantwortung des Fragenkataloges und erkundigt sich nach weiteren Fragen.

Bürgermeister Christof ist mit der Beantwortung einzelner Fragen nicht zufrieden und erklärt, dass beispielsweise die Frage nach der energetischen Sanierung offen geblieben sei und die damit verbundene Auslegung des Kessels. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass die Gedanken des Planers nicht im Gremium vorgestellt wurde. Ebenfalls wurde die Idee, sich ggf. an der Heizanlage des

Landratsamtes, die diese gegenwärtig ebenfalls erneuern, anzuschließen nicht weiterverfolgt. Seiner Auffassung nach müsse man auch flexibel reagieren können.

Bauamtsleiter Graumann erwidert hinsichtlich des Landratsamtes, dass sofort nach Kenntnis eine Abstimmung mit den Verantwortlichen des Landratsamtes erfolgt sei und diese Lösung bei Umsetzung einer Hackschnitzelheizung auch interessant gewesen wäre. Mit Blick auf eine zeitnahe Umsetzung der Heizungsanlage habe man sich für ein alleiniges Durchführen der Maßnahme entschieden. Stadtrat Müller stellt dar, dass das Rathaus gegenwärtig einen Energiebedarf habe, der entsprechend gedeckt werden müsste und wonach der Kessel ausgelegt werden sollte. Für den Fall, dass in zwei bis drei Jahren eine bessere energetische Bilanz im Rathaus erreicht werde, können die Kessel entsprechend zurückgefahren werden. Hierfür seien diese auch ausgelegt.

Oberbürgermeister Müller bittet die Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die im beiliegenden Antrag 138-06-2013 der KIK-Fraktion gestellten Fragen werden von der Verwaltung, soweit zum jetzigen Stand möglich, im Sachvortrag beantwortet.

9.3. Eilantrag der SPD-Fraktion vom 07.07.2013; hier: Personalaufstockung im SG 61 für Harvey Barracks und Marshall Heights

Stadträtin Glos geht ausführlich auf den Antrag der SPD ein und verweist auf die Wichtigkeit, das Personal im SG 61 aufzustocken, damit die durchzuführenden Arbeiten auch entsprechend umgesetzt werden können. Insbesondere die Konversion binde derzeit einen hohen Bedarf. Darüber hinaus bestehe ein Bedarf in Sachen Wirtschaftsförderung. Sie bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Bürgermeister Christof verweist auf die Argumente der Personalaufstockung im Bauamt im Jahr 2008, wonach keine Projekte mehr nach außen gegeben werden müssen. Das Gegenteil sei jedoch nun der Fall. Seiner Auffassung nach sollte man das Orga-Gutachten abwarten.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass das Bauamt gegenwärtig am Limit arbeite und neben den eigentlichen Aufgaben zusätzliche Arbeitsaufträge aus dem Gremium das Bauamt belasten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag, der von Teilen des Stadtrates als positiv gesehen und ein Bedarf an Personal gesehen werde. Jedoch sollte man mit Blick auf das Orga-Gutachten, welches in Kürze fertig gestellt sein soll, abwarten, welche Aussagen hierzu im Bereich der Stadtplanung bzw. im Bereich des Bauamtes getroffen werden.

Stadträtin Glos stellt darauf hin ihren Antrag, bis das Orga-Gutachten vorliegt, zurück.

Bauamtsleiter Graumann verweist abschließend auf die stetige Diskussion, dass Maßnahmen nicht vorangetrieben werden können, was in aller Regel am mangelnden Personal liege. Wenn die Stadtplanung aktiv gestalten möchte, werde zusätzliches Personal benötigt.

Ohne Abstimmung

Von der Zurückstellung des Antrages durch Stadträtin Glos wird Kenntnis genommen.

10. Bebauungsplan "Burgweg - 2. Änderung", Gemeinde Sulzfeld; hier: Beteiligung der Nachbargemeinden

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Belange der Stadt Kitzingen werden durch die Bebauungsplanänderung der Gemeinde Sulzfeld nicht berührt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Gemeinde Sulzfeld das Einverständnis der Großen Kreisstadt Kitzingen mitzuteilen.

11. Bebauungsplan "Süd-West - 3. Änderung", Gemeinde Sulzfeld; hier: Beteiligung der Nachbargemeinden

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Belange der Stadt Kitzingen werden durch die Bebauungsplanänderung der Gemeinde Sulzfeld nicht berührt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Gemeinde Sulzfeld das Einverständnis der Großen Kreisstadt Kitzingen mitzuteilen.

12. Bebauungsplan "Nord - 2. Änderung", Gemeinde Sulzfeld; hier: Beteiligung der Nachbargemeinden

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Belange der Stadt Kitzingen werden durch die Bebauungsplanänderung der Gemeinde Sulzfeld nicht berührt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Gemeinde Sulzfeld das Einverständnis der Großen Kreisstadt mitzuteilen.

13. Sonstiges

13.1. Anfrage von Stadtrat Müller Sicherungsmaßnahmen Goldener Löwe

Stadtrat Müller möchte wissen, ob die Sicherungsmaßnahmen am Goldenen Löwen noch ausreichend seien.

Bauamtsleiter Graumann bejaht dies und erklärt, dass das Bauamt weiterhin in enger Abstimmung mit dem Investor sei und nach Klärung der offenen Fragen

man wieder an den Stadtrat herantreten werde.

13.2. Anfrage von Stadtrat Pauluhn Sachstand Mühlenpark

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, wie es nun mit dem Mühlenpark weitergehe und weist auf die Wichtigkeit dieses Projektes. Insbesondere den Investor, der sehr viel Geld investiert, sollte man nicht verprellen.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass unabhängig der übrigen umfangreichen Fragestellungen Herr Goller an die Stadt herantreten sei, das Heim für altengerechtes Wohnen und die übrigen Planung thematisch zu trennen, um mit dem Heim noch in diesem Jahr noch beginnen zu können. Im Grunde sei eine Umsetzung nach Art 34 Bau GB möglich.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass die Lärmproblematik ebenfalls geklärt werden müsste und möchte wissen, wann die weiteren Unterlagen den Stadträten überlassen werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies bereits passiert sei und fragt nach, welche es sein sollen.

Bürgermeister Christof verweist auf Telefonnotizen, die im Rahmen der Stadtentwicklungsbeiratssitzung angesprochen wurden.

Bauamtsleiter Graumann sagt eine Überlassung zu.

13.3. Anfrage von Bürgermeister Christof Überlassung der Unterlagen zum Sonderlandeplatz

Bürgermeister Christof möchte wissen, wann er die Unterlagen in Sachen Sonderlandeplatz überlassen bekomme.

Bauamtsleiter Graumann weist darauf hin, dass soeben über die Überlastung des Bauamts diskutiert wurde und nun eine weitere Aufgabe zugesprochen bekommen soll. Zudem könne er dies bis zum 31.12.2013.

Auf den Einlass von Bürgermeister Christof, dass es sich lediglich um Kopien handle, erklärt Oberbürgermeister Müller, dass die Unterlagen nach der Zusammenstellung den Stadträten übersandt werden. Termin könne er keinen nennen.

Stadtrat Moser stellt den Antrag, dass hierüber abgestimmt werden soll.

Abschließend stellt Oberrechtsrätin Schmöger fest, dass sie die Unterlagen bereits per Mail versandt habe.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:21 Uhr.

Der Vorsitzende

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Der Schriftführer

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt